

Herausgegeben im Auftrag der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich von A. Donatsch, U. Haas, I. Meier,
P. Oberhammer, F. Uhlmann

Stephan Schlegel

Die Verwirklichung des Rechts auf Wahlverteidigung

Eine rechtsvergleichende Untersuchung
zum schweizerischen und deutschen Recht

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Literaturverzeichnis	XXV
Materialienverzeichnis	LV
Abkürzungsverzeichnis	LIX
Einleitung: Umfang und Gang der Untersuchung	1
A. Die Thematik und Intention der Untersuchung	1
B. Vorgehensweise	3
I. Der funktionale Ansatz in der Rechtsvergleichung	3
II. Die zu untersuchenden Rechtsordnungen.....	5
1. Die aktuelle Situation des Strafprozessrechts in der Schweiz	5
2. Die Wahl des deutschen Strafprozessrechts als Vergleichsgrundlage zur kommenden Schweizerischen Strafprozessordnung.....	8
III. Formulierung des Vergleichsbereichs	9
1. Beschränkung des nationalen Vergleichsbereichs auf Strafverfahren im engeren Sinne gegen Erwachsene.....	9
2. Methodik der Berücksichtigung der EMRK	10
a) Schweiz.....	10
b) Deutschland	13
c) Methodik der Gesamtbetrachtung im Zusammenhang mit dem fairen Verfahren in der Rechtsprechung des Gerichtshofs.....	18
IV. Die Terminologie der Strafverteidigung in der vorliegenden Arbeit.....	20
1. Der Begriff der «Anbahnung des Verteidigungsverhältnisses»	20
2. Formelle und materielle Verteidigung	21
3. Fakultative und notwendige Verteidigung.....	23
4. Pflicht- bzw. amtliche und private bzw. Wahlverteidigung	24
C. Der Gang der Untersuchung.....	27

Erster Teil: Die Entstehung des Wahlverteidigungsverhältnisses	31
Einführung – Das Recht auf Verteidigung als wesentliches Verfahrensgrundrecht	33
1. Kapitel: Die am Verteidigungsverhältnis beteiligten Personen	39
A. Die Person des Verteidigers	39
I. Der Verteidiger im Sinne der EMRK	39
II. Der Verteidiger im schweizerischen Recht	41
1. Die bisherige Rechtslage	41
2. Die Schweizerische Strafprozessordnung	42
a) Anwälte	43
b) Rechtspraktikanten	45
III. Die Person des Verteidigers im deutschen Recht	46
1. Rechtsanwälte	46
2. Hochschullehrer	48
3. Rechtsreferendare in der Wahlverteidigung	49
4. Verteidiger Kraft Zulassung durch das Gericht	50
IV. Rechtsvergleichende Zusammenfassung	53
B. Die Person des Verteidigten	54
I. Der Begriff der «angeklagten Person» in der EMRK	55
1. Der materielle Aspekt der strafrechtlichen Anklage	55
2. Der formale Aspekt der strafrechtlichen Anklage	57
3. Zusammenfassung	59
II. Die zu verteidigende Person im schweizerischen Prozessrecht	60
1. Das bisherige kantonale Prozessrecht	60
a) Der Begriff des Beschuldigten	61
b) Der Begriff des Angeschuldigten	63
c) Die tatverdächtige Auskunftsperson	65
d) Zusammenfassung	66
2. Der Begriff der «beschuldigten Person» in der StPO/CH	67
a) Inkulpation durch Strafanzeige und -antrag	67
b) Inkulpation durch Verfahrenshandlungen	68
aa) Der Verdachtsgrad des hinreichenden Tatverdachts	69
bb) Die Qualifikation der Verfahrenshandlung	71
cc) Verfahrenshandlungen im polizeilichen Ermittlungsverfahren	72

c)	Zusammenfassung zum Begriff der beschuldigten Person i. S. der StPO/CH	72
3.	Zusammenfassende Würdigung	73
III.	Der Begriff des «Beschuldigten» in der StPO/D	73
1.	Objektiver und subjektiver Beschuldigtenbegriff	74
2.	Der dreigliedrige Beschuldigtenbegriff	75
a)	Formelle und materielle Inkulpatation	76
b)	Das Problem der bewussten Nichtinkulpatation	77
3.	Würdigung	79
IV.	Bindung von Strafverteidigung an das geltungszeitliche Verständnis der Begrifflichkeiten für die zu verteidigende Person?	80
1.	Der Anspruch auf Rechtsbeistand vor einer Inkulpatation nach der StPO/CH	81
2.	Das Recht auf Zeugenbeistand nach § 68b StPO/D	82
3.	Zusammenfassung	84
V.	Rechtsvergleichende Zusammenfassung	84
2.	Kapitel: Das Wahlverteidigungsverhältnis	87
A.	Einführung	87
B.	Die vertraglichen Grundlagen der Wahlverteidigung	87
I.	Zivilrechtliche Gestaltung des Verteidigungsvertrags im schweizerischen Recht	87
1.	Allgemeine Grundsätze	88
a)	Inhalt des Auftragsverhältnisses	88
b)	Entstehung	91
aa)	Willenserklärungen	91
bb)	Das Schriftformerfordernis für die Anwaltsvollmacht nach Art. 129 Abs. 2 StPO/CH	92
(1)	Die Bevollmächtigung	92
(2)	Das Vollmachtsformular	96
c)	Die Problematik der Drittbeauftragung	97
d)	Beendigung von Mandatsverhältnis und Verteidigervollmacht	99
2.	Beschränkungen für die Begründung von Wahlverteidigungsverhältnissen	100
a)	Das Verbot der Interessenkollision	100
b)	Mehrfachverteidigung und Interessenkollision	103

aa)	Mehrfachverteidigung auf der Seite der beschuldigten Personen.....	103
bb)	Mehrfachverteidigung auf Anwaltsseite	105
II.	Die zivilrechtliche Gestaltung des Verteidigungsvertrags im deutschen Recht.....	106
1.	Allgemeine Grundsätze.....	106
a)	Die Einordnung in die gesetzlichen Vertragstypen	106
aa)	Die Rechtsnatur des Auftrages.....	107
bb)	Der Geschäftsbesorgungsvertrag	108
cc)	Inhalte des Verteidigungsvertrags.....	109
b)	Begründung des Vertragsverhältnisses.....	111
aa)	Willenserklärungen	111
bb)	Formfreiheit des Verteidigungsvertrags und die schriftliche «Verteidigervollmacht».....	113
cc)	Das Handeln Dritter bei Abschluss des Verteidigungsvertrags	117
c)	Beendigungstatbestände	120
aa)	Vertragliche Beendigungsgründe.....	120
bb)	Äussere Beendigungsgründe.....	121
cc)	Das Schicksal der Verteidigervollmacht.....	122
2.	Die Wirksamkeit des Verteidigungsvertrags – gesetzliche Schranken.....	122
a)	Mehrfachverteidigung	122
b)	Interessenkollision.....	125
c)	Das RDG als Schranke für Verteidigungsverhältnisse gemäss § 138 Abs. 2 StPO/D.....	128
III.	Zusammenfassung	129
1.	Vollmacht.....	129
2.	Mehrfachverteidigung.....	131
3.	Kapitel: Praktische Fragen der Mandatserteilung und -übernahme.....	133
	Zusammenfassung der Ergebnisse des Ersten Teils	139
	Zweiter Teil: Ausgewählte Spezialprobleme des Zeitraums der Mandatsanbahnung.....	141
	Einführung	143
1.	Kapitel: Die Begründung des Verteidigungsverhältnisses bei der ersten polizeilichen Einvernahme	145
A.	Einführung	145

B.	Begriff und praktische Bedeutung der ersten polizeilichen Befragung.....	146
I.	Begriffliche Grundlegung: Einvernahme und Vernehmung	146
1.	Der Vernehmungsbegriff im deutschen Recht.....	146
2.	Protokollorientierter Einvernahmebegriff im schweizerischen Recht?	148
3.	Zusammenfassung.....	150
II.	Die Situation der ersten polizeilichen Beschuldigtenbefragung..	150
III.	Der Einfluss der ersten polizeilichen Beschuldigtenbefragung auf das Verfahren.....	154
1.	Die praktische Leitfunktion der ersten polizeilichen Einvernahme für das Strafverfahren	154
2.	Die Bedeutung der ersten polizeilichen Einvernahme für das gerichtliche Hauptverfahren im schweizerischen Prozessrecht	155
3.	Die Bedeutung der ersten polizeilichen Vernehmung für das gerichtliche Hauptverfahren im deutschen Strafprozess	158
IV.	Praktische Würdigung aus Sicht der Verteidigung.....	160
1.	Der Zweck der Vernehmung	160
2.	Die Bedeutung formeller Verteidigung bei der ersten polizeilichen Beschuldigtenbefragung	162
C.	Der Anspruch auf Verteidigerbeistand bei der ersten polizeilichen Befragung aus Art. 6 Abs. 1 und 3 lit. c EMRK	163
I.	Die Entwicklung der EGMR-Rechtsprechung vom Fall <i>John Murray</i> bis <i>Salduz</i>	163
II.	Exkurs: Schutz des Rechts auf Zugang zur Verteidigung durch Art. 8 EMRK?	167
III.	Beschränkungen des Zugangs zum Verteidiger	169
IV.	Der Verzicht auf das Recht auf einen Verteidiger.....	170
V.	Zusammenfassende Würdigung	175
D.	Der Zugang zum Verteidiger bei der ersten polizeilichen Vernehmung in Deutschland.....	177
I.	Einführung	177
II.	Entwicklungslinien der BGH-Rechtsprechung.....	178
1.	Bewusste Verhinderung der Verteidigerkonsultation (BGHSt 38, 372 ff.).....	178

2. Aktive Unterstützungspflichten über die bloße Belehrung hinaus (BGHSt 42, 15 ff.)	179
3. Die Gegenposition: das Ausreichen einer Belehrung (BGHSt 42, 170 ff.).....	179
4. Konsolidierung und Konkretisierung der Rechtsprechung ...	180
III. Würdigung der deutschen Rechtsprechung	181
1. Rechtsgrundsätze zur Sicherung des Rechts auf formelle Verteidigung bei der ersten polizeilichen Vernehmung.....	182
a) Einführung	182
b) Der Anspruch auf «jederzeitige» Verteidigerkonsultation	183
aa) § 137 Abs. 1 StPO/D als Anspruchsgrundlage für den Zugang zu formeller Verteidigung und als Hinderungsverbot	183
bb) Freiwilligkeit und Verzicht auf das Verteidigerkonsultationsrecht: Grenzen zulässiger Einwirkung bei der ersten polizeilichen Vernehmung	185
(1) Die Freiwilligkeit beim Grundrechtsverzicht. 187	
(2) Freiheit von Drohung, Zwang oder Täuschung – § 136a Abs. 1 StPO/D als Auslegungshilfe?	189
(3) Freiheit von jeder bewussten Einwirkung mit dem Ziel des Verzichts auf das Verteidigerkonsultationsrecht	191
c) Die Bedeutung des Rechts auf Selbstbelastungsfreiheit (<i>nemo tenetur</i>) für Verteidigerkonsultationsrecht bei der ersten Vernehmung	194
aa) Das Verständnis von <i>nemo tenetur</i> in der deutschen Dogmatik und Judikatur	195
bb) Der Grundsatz der Selbstbelastungsfreiheit in der Rechtsprechung des EGMR	197
cc) Zusammenfassende Würdigung	199
d) Die Bedeutung des Grundsatzes der «prozessualen Fürsorgepflicht» für das Recht auf Verteidigerkonsultation bei der ersten polizeilichen Vernehmung	203
aa) Anwendungsbereiche «prozessualer Fürsorgepflichten»	204
bb) Der Zweck prozessualer Fürsorgepflichten.....	207

cc)	Die Eigenverantwortlichkeit des Beschuldigten als relevantes Gegengewicht zur «prozessualen Fürsorgepflicht»	209
(1)	Ausschluss der Eigenverantwortlichkeit bereits schon bei beliebigen Irrtümern?	210
(2)	Eigenverantwortlichkeit als die Fähigkeit zum Selbstschutz in der Vernehmungssituation.....	211
(3)	Eigenverantwortlichkeit als die Fähigkeit zur Rechtswahrnehmung in der Vernehmungssituation.....	214
(4)	Kompatibilität des Ergebnisses mit der Rechtsprechung des EGMR	217
2.	Die Anwendung der entwickelten Grundsätze auf die Fallgruppen aktiver Hilfspflichten	219
a)	Ermöglichung der Kontaktaufnahme durch Unterbrechung der Vernehmung	219
aa)	Der Anspruch auf Unterbrechung	219
bb)	Modalitäten der Unterbrechung	221
(1)	Allgemeine Modalitäten	221
(2)	Modalitäten bei Festnahmen und im Falle der Ankündigung des Erscheinens eines Verteidigers	222
b)	Aktive Unterstützungspflichten durch spezielle Hinweise und das Zur-Verfügung-Stellen technischer Einrichtungen anlässlich der Erstbelehrung	223
aa)	Besondere Hinweispflichten bei der Erstbelehrung am Beispiel des Hinweises auf einen Verteidigernotdienst	224
bb)	Besondere Aufklärungspflichten bei gewünschter, aber nicht für möglich gehaltener Wahrnehmung des Verteidigerkonsultationsrechts.....	224
cc)	Besondere technische Unterstützungs- und weitere Hinweispflichten nach einem Wunsch auf Verteidigerkonsultation.....	226
c)	Unterstützungspflichten nach gescheitertem Kontaktaufnahmeversuch	228
aa)	Zum Erfordernis einer erneuten Belehrung über das Recht auf einen Verteidiger	228

bb)	Zum Erfordernis eines ausdrücklichen Einverständnisses in die Fortsetzung der Vernehmung.....	230
cc)	Zusammenfassung.....	231
d)	Die Pflicht zur Information des Beschuldigten, dass sich ein Verteidiger für ihn gemeldet hat	232
IV.	Zusammenfassung	233
E.	Der Zugang zum Verteidiger bei der ersten polizeilichen Einvernahme nach schweizerischem Recht	234
I.	Einführung.....	234
II.	Rechtsgrundsätze zur Sicherung des Rechts auf formelle Verteidigung bei der ersten polizeilichen Einvernahme.....	238
1.	Die gesetzliche Struktur des Anspruchs auf den «Anwalt der ersten Stunde» nach der StPO/CH	238
a)	Der Anspruch auf formelle Verteidigung bereits im polizeilichen Ermittlungsverfahren	238
b)	Belehrungspflichten.....	240
c)	Das Verteidigerbeziehungsrecht zum Zeitpunkt der ersten polizeilichen Einvernahme.....	240
2.	Das Recht auf Verteidigung zum Zeitpunkt der polizeilichen Einvernahme in der Bundesverfassung und im Lichte der neueren Rechtsprechung des BGER.....	241
a)	Die Entwicklung der neueren Rechtsprechung des Bundesgerichts zu den Belehrungspflichten.....	241
b)	Art. 31 und 32 BV im Lichte der neueren Rechtsprechung des EGMR – Änderung der Rechtsprechung des BGER	245
3.	Die Bedeutung des Grundsatzes der Selbstbelastungsfreiheit für den Anspruch auf formelle Verteidigung.....	248
4.	Aspekte von Art. 32 Abs. 2 Satz 2 BV zur Sicherstellung formeller Verteidigung.....	251
a)	Das Effektivitätsgebot in Art. 32 Abs. 2 Satz 2 BV als Hinderungsverbot	251
b)	Grundprinzipien des Verzichts auf das Verteidigerbeziehungsrecht.....	252
aa)	Verfassungsrechtliche Grenzen für einen Verteidigerverzicht?.....	253

bb)	Das Verfahrensprinzip von «Treu und Glauben» als verfassungsrechtliche Grenze unzulässiger Einwirkungen.....	255
(1)	Treu und Glauben in der Verfassung	255
(2)	Art. 140 Abs. 1 StPO/CH als Ausprägung von «Treu und Glauben» in der Schweizerischen Strafprozessordnung.....	256
cc)	Die Relevanz sonstiger Irrtümer beim Verzicht auf Verteidigerbeistand.....	259
c)	Art. 32 Abs. 2 Satz 2 BV als Quelle prozessualer Fürsorgepflichten im schweizerischen Strafprozessrecht und die Eigenverantwortlichkeit der beschuldigten Person	261
aa)	Inhalte von Fürsorgepflichten	261
bb)	Die Eigenverantwortlichkeit der beschuldigten Person als Grenze von Fürsorgepflichten.....	263
III.	Konkretisierung: Der Anspruch auf Zugang zum «Anwalt der ersten Stunde» bei der polizeilichen Einvernahme.....	265
1.	Der Anspruch auf Unterbrechung der Einvernahme.....	266
a)	Unterbrechung zur Sicherstellung von formeller Verteidigung an der Einvernahme	266
b)	Ausschluss des Anspruches auf Unterbrechung durch Art. 159 Abs. 3 StPO/CH?	267
c)	Ausschluss durch Art. 108, 223 Abs. 2 bzw. Art. 235 Abs. 4 StPO/CH?.....	272
d)	Konkretisierung und Zusammenfassung	274
2.	Besondere Hinweis- und Hilfspflichten im Zusammenhang mit dem Anspruch auf einen Verteidiger nach Art. 159 StPO/CH.....	275
IV.	Zusammenfassung	279
F.	Zwischenstand.....	280
G.	Die Folgen der Verletzung des Rechts auf einen Verteidiger bei der ersten Einvernahme – die Verwertungsproblematik	282
I.	Terminologische Grundlegung	284
II.	Verwertungsverbote in der Rechtsprechung des EGMR.....	285
1.	Grundlinien der Rechtsprechung.....	285
2.	Die Verwertung von Beweisen im Zusammenhang mit dem Anspruch auf Verteidigerbeistand.....	288
3.	Zusammenfassung.....	289

III. Verwertungsverbote in der deutschen Rechtsprechung und Dogmatik	291
1. Grundsätze der Verwertbarkeit	292
a) Die Abgrenzung zwischen selbstständigen und unselbstständigen Verwertungsverböten im deutschen Strafprozessrecht	292
b) Der Meinungsstand in der deutschen Literatur zu unselbstständigen Beweisverböten	294
aa) Die Schutzzwecklehren	295
bb) Abwägungslösungen	296
cc) Zusammenfassung	297
c) Die Methodik des BGH	299
d) Zusammenfassung	301
2. Würdigung und Anwendung auf die Fallgruppen der Verletzung des Verteidigerkonsultationsrechts	302
a) Unstrittige Verwertungsverböte im Zusammenhang mit dem Verteidigerkonsultationsrecht	303
b) Strittige bzw. nicht entschiedene Fallgestaltungen im Zusammenhang mit dem Verteidigerkonsultationsrecht	304
aa) Gegensätzliche Positionen in der BGH-Rechtsprechung	304
bb) Die Unzulässigkeit der Abwägung mit dem Strafverfolgungsinteresse und dem Gewicht des Verstosses bei der Verletzung von Hilfspflichten ..	305
c) Relativierung durch die Hypothese rechtmässiger Ermittlungsverläufe?	308
3. Zusammenfassung	310
IV. Verwertungsverböte im schweizerischen Recht	310
1. Grundsätze der Verwertbarkeit von Beweisen im Schweizerischen Strafprozessrecht	311
a) Bisherige Auffassungen in Literatur und Rechtsprechung	311
b) Rechtslage nach der Schweizerischen Strafprozessordnung	313
aa) Die Grundstruktur von Art. 141 StPO/CH	313
bb) Der Begriff der Gültigkeits- und Ordnungsvorschriften	314
cc) Die «Abwägung» nach Art. 141 Abs. 2 StPO/CH ..	316
2. Übertragung auf die Fallgruppen der nachteiligen Beeinflussung des Konsultationsrechts	318

a)	Verwertungsverbote im Zusammenhang mit der Nichtbelehrung über das Recht auf einen Verteidiger nach Art. 158 Abs. 1 lit. c StPO/CH.....	318
b)	Verwertungsverbote im Zusammenhang mit dem Recht auf einen Verteidiger zum Zeitpunkt der ersten polizeilichen Einvernahme	319
aa)	Art. 140 Abs. 1 i. V. m. Art. 141 Abs. 1 StPO/CH	319
bb)	Art. 159 StPO/CH i. V. m. Art. 141 Abs. 2 StPO/CH	320
cc)	Anwendung der Grundsätze der EGMR-Rechtsprechung.....	321
3.	Zusammenfassung.....	322
V.	Vergleichende Zusammenfassung.....	323
H.	Gesamtwürdigung der Ergebnisse des 1. Kapitels.....	326
2.	Kapitel: Anbahnung unter den Umständen der Untersuchungshaft.....	329
A.	Einführung und thematische Eingrenzung.....	329
I.	Die Problematik im Zusammenhang mit der Anbahnung	329
II.	Thematische Beschränkung auf die Untersuchungshaft.....	330
B.	Die Bedeutung der Vertraulichkeit der Kommunikation für die Strafverteidigung.....	332
C.	Die Rechtsprechung des EGMR zum Verteidigerverkehr unter den Umständen des Freiheitsentzuges	335
I.	Das Recht auf freien Besuchskontakt.....	335
II.	Das Recht auf freie Korrespondenz.....	340
III.	Zusammenfassung	344
D.	Das Recht auf freien Verteidigerverkehr im schweizerischen Verfahren	345
I.	Bisherige Rechtslage	345
1.	Die gesetzlichen Regelungen im bisherigen Recht	345
2.	Der Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur zum Verkehrsrecht	347
II.	Die Schweizerische Strafprozessordnung.....	350
1.	Freier Verteidigerverkehr in der Untersuchungshaft und seine Einschränkung	351

a)	Die Einschränkung des freien Verkehrs beim «begründeten Verdacht des Missbrauchs» nach Art. 235 Abs. 4 Satz 2 StPO/CH	351
aa)	Der Begriff des Missbrauchs.....	352
bb)	Die Anforderungen an die Begründetheit des Verdachts	354
b)	Umsetzung im konkreten Einzelfall	354
aa)	Das Gewicht des Missbrauchs	354
bb)	Die Verhältnismässigkeit der Beschränkungen	355
cc)	Die Wahrnehmung der Überwachungsbefugnisse	356
c)	Sicherheitsmassnahmen gegenüber dem Verteidiger	357
2.	Exkurs: Freier Verteidigerverkehr bei der polizeilichen Einvernahme und im Haftanordnungsverfahren	359
a)	Inhaltlich unbeschränkter Verkehr	359
b)	Der Geltungszeitraum des freien Verkehrs nach Art. 159 Abs. 2 StPO/CH	360
c)	Der zeitliche Umfang von Besprechungen bei der polizeilichen Einvernahme	361
III.	Das Recht auf freien Verkehr im Zeitpunkt der Anbahnung.....	362
1.	Die Problematik in Rechtsprechung und Literatur.....	362
2.	Die Möglichkeit der Anbahnung im kantonalen Recht am Beispiel der Zürcher Justizvollzugsverordnung.....	364
3.	Rechtslage nach der Schweizerischen Strafprozessordnung.....	365
a)	Das Recht auf Wahlverteidigung.....	365
b)	Die Auslegung des Begriffes «Verteidigung» unter historischen und teleologischen Gesichtspunkten	367
c)	Die Alternative der konventionskonformen Anwendung.....	367
IV.	Zusammenfassung	368
E.	Das Recht auf freien Verteidigerverkehr unter den Umständen der Untersuchungshaft im deutschen Verfahren	369
I.	Die Freiheit des Verteidigerverkehrs nach § 148 Abs. 1 StPO/D.....	370
1.	Entstehungsgeschichte	370
2.	§ 148 StPO/D als zentrale Norm für den Schutz des Verteidigungsverhältnisses	371
II.	Die gesetzlichen Regelungen zum Verteidigerverkehr in der Untersuchungshaft	373
1.	Gesetzliche Ausgangslage.....	373

2.	Der Besuchskontakt mit dem Verteidiger	375
a)	Das Recht auf Besuch.....	375
b)	Besuchsmodalitäten	376
aa)	Der Grundsatz der Überwachungsfreiheit.....	376
bb)	Sicherheitsmassnahmen gegenüber dem Verteidiger beim Betreten der Haftanstalt	377
	(1) Rechtliche Ausgangslage	377
	(2) Würdigung.....	378
	(α) Kein Eingriff in die Verteidigungsrechte des Inhaftierten	378
	(β) Das Grundrecht der Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG).....	379
	(γ) Die Verhältnismässigkeit bei Eingriffen in die allgemeine Handlungsfreiheit des Verteidigers (Art. 2 Abs. 1 GG).....	380
	(δ) Die Verhältnismässigkeit bei Eingriffen in das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Verteidigers (Art. 2 Abs. 1, Art. 1 Abs. 1 GG).....	381
	(3) Zwischenfazit	383
cc)	Übergabe von Schriftstücken und sonstigen Gegenständen	383
dd)	Der Einsatz von Trennscheiben in Besuchsräumen	384
3.	Die Freiheit des Postkontakts mit dem Verteidiger	386
4.	Die Postüberwachung nach § 148 Abs. 2, § 148a StPO/D in Fällen der Untersuchungshaft bei terroristischen Delikten.....	388
a)	Anwendungsbereich	389
b)	Die Durchführung der Massnahme.....	390
c)	Bewertung.....	392
III.	Zusammenfassung	393
IV.	Kontaktprivilegien im Zeitraum vor Mandatsübernahme?.....	394
1.	Einführung und rechtliche Ausgangslage	394
2.	Meinungsstand zur Besuchs- und Postüberwachung bei der Mandatsanbahnung	396
3.	Würdigung	398
a)	Praktische Lösungsmöglichkeiten insbesondere der Ansatz der «provisorischen» Vollmachtserteilung	399

b)	Die Tauglichkeit bisheriger Argumente für und gegen eine Ausdehnung von § 148 Abs. 1 StPO/D auf den Zeitraum der Mandatsanbahnung	401
aa)	Wortlaut und Systematik	401
bb)	Das Gegenargument der Grenzen der Mehrfachverteidigung nach § 137 Abs. 1 Satz 2 StPO/D und § 146 StPO	402
cc)	Der Wertungswiderspruch zum Zeugnisverweigerungsrecht des Verteidigers nach § 53 Abs. 1 Nr. 2 StPO/D	404
dd)	Das Argument der mittelbaren Verletzung der Selbstbelastungsfreiheit	406
ee)	Zusammenfassung	407
c)	Vertiefung: Die Überwachung der Mandatsanbahnung als verfassungsrechtlich unzulässiger Eingriff in den «Kernbereich privater Lebensgestaltung»?	408
aa)	Der Kernbereich privater Lebensgestaltung in der Rechtsprechung des BVerfG	409
	(1) Die Sphärentheorie des BVerfG	409
	(2) «Konturierung» des Kernbereichs in der Rechtsprechung des BVerfG	410
bb)	Würdigung	413
	(1) Kein Anspruch auf Schaffung einer unüberwachten Vertraulichkeitssphäre	414
	(2) Die Irrelevanz des Kriteriums vom «unantastbaren Kernbereich der privaten Lebensgestaltung» für die Strafverteidigung und ihre Anbahnung	416
	(3) Zusammenfassung	419
d)	Konventionskonforme Anwendung der Überwachungsvorschriften in § 119 Abs. 1 StPO/D und §§ 34, 35, 37 ThürUVollzG	419
aa)	Allgemeine Grundsätze für einen eigenen Lösungsansatz	419
	(1) Das Recht auf Wahlverteidigung	419
	(2) Die Grenzen der EMRK in der Auslegung durch den EGMR bei der Überwachung von Anwaltskontakten	420
	(3) Keine Rechtsbegrenzung durch blosse «Überwachungsprobleme»	421
bb)	Konkretisierung: Der Besuchsverkehr	421
	(1) § 119 Abs. 1 Nr. 1, 2 StPO/D	421

(2) § 34, § 35 Abs. 2 ThürUVollzG	422
(3) Sicherheitsmassnahmen gegenüber dem Anwalt, Trennscheiben.....	423
cc) Konkretisierung: Überwachung des Postverkehrs .	424
(1) § 119 Abs. 1 Nr. 2 StPO/D.....	424
(2) § 37 Abs. 1 ThürUVollzG	426
4. Zusammenfassung.....	427
F. Rechtsvergleichende Zusammenfassung des 2. Kapitels	429
I. Das Privileg des unüberwachten Verteidigerverkehrs und seine Grenzen im Vergleich	429
II. Der Schutz der Anbahnungsbeziehung im Vergleich.....	432
Schlussbetrachtungen.....	435
A. Zum Ersten Teil	435
B. Zum Zweiten Teil.....	436
Stichwortverzeichnis.....	439